

## ZU DIESEM HEFT

Fragen nach der Leistungsfähigkeit demokratischen Regierens, nach dem Vertrauen in demokratische Institutionen und deren Repräsentanten, nach der systemimmanenten Fähigkeit zur Selbstkorrektur und zum Handeln in unvorhergesehenen Situationen stellen sich gegenwärtig wieder mit besonderer Dringlichkeit. »Wer wird besser mit dem Virus fertig – totalitäre Staaten oder Demokratien?«, wollte Anfang 2021 ein Reportage-Team der »ZEIT« herausfinden, das die Strategien und Praktiken der Pandemie-Bekämpfung in Deutschland und China, USA und Iran untersuchte.<sup>1</sup> Die Antwort hängt sicher davon ab, wie man unterschiedliche Indikatoren gewichtet und welchen Zeithorizont der Betrachtung man wählt. Ebenso hängt sie davon ab, welchen Stellenwert man demokratischen Verfahren gerade bei akutem Entscheidungszwang einräumen will. Auch unabhängig von der Corona-Pandemie stehen demokratische Ordnungen, selbst diejenigen des »Westens« mit langer Tradition, verstärkt unter Legitimationsdruck, sind Anfeindungen ausgesetzt, werden verächtlich gemacht oder gar gewaltsam bekämpft. Vor diesem Hintergrund hat die Gerda Henkel Stiftung 2019 einen »Förderschwerpunkt Demokratie« ausgerufen, und verschiedene Berliner Forschungseinrichtungen haben 2020 das Exzellenzcluster »Contestations of the Liberal Script« eröffnet.<sup>2</sup>

Während Paul Nolte die Notwendigkeit und die möglichen Perspektiven einer global angelegten »Zeitgeschichte der Demokratie« in einem Aufsatz von 2013 noch recht ausführlich begründen musste,<sup>3</sup> hat sich seither nicht nur in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung, sondern auch in der Historiographie einiges getan. Erkenntnisreich sind solche Studien gerade dann, wenn sie an ältere Vorbilder einer »Zeitgeschichte als Demokratiewissenschaft«<sup>4</sup> anknüpfen und einen Brückenschlag zwischen Politikwissenschaft und historischer Forschung versuchen. So fragt *Philipp Müller* im vorliegenden Heft mit Blick auf neuere Entwicklungen der spanischen Demokratie zugleich in allgemeinerer Absicht nach der »Fähigkeit, sozialen Protest in die parlamentarische Demokratie zu integrieren«. Der mittlerweile gängige Begriff des Populismus sei zur Erklärung von Erosionserscheinungen des politischen Systems nicht hinreichend: »Vielmehr geht die Einschätzung, Populismus trage zum Verfall der Demokratie bei, von den Voraussetzungen einer Phase parlamentarischer Parteiendemokratien aus, die heute nicht mehr gegeben sind.« Mit dem Verweis auf

---

1 Ulrich Bahnsen u.a., *Wie alles begann*, in: *ZEIT*, 21.1.2021, S. 15-17.

2 <<https://www.gerda-henkel-stiftung.de/demokratie>>; <<https://www.scripts-berlin.eu>>. Die Henkel Stiftung fördert u.a. die von Jürgen Martschukat geleitete Forschungsgruppe »Contested Democracy. Gender, race und sex in der US-amerikanischen Zeitgeschichte« an der Universität Erfurt (ab 2021).

3 Paul Nolte, *Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 275-301.

4 Winfried Süß, *Zeitgeschichte als Demokratiewissenschaft. Karl Dietrich Bracher und das Ende der Weimarer Republik*, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 47-51.

veränderte ökonomische und mediale Rahmenbedingungen demokratischen Regierens seit den 1980er-Jahren hebt Müller Faktoren hervor, die sich für den spanischen Fall exemplarisch zeigen lassen, aber nicht auf Spanien beschränkt sind.

Die ungarische Philosophin Ágnes Heller (1929–2019) hat kurz vor ihrem Tod einen zentralen Vorteil moderner liberaler Demokratien herausgestellt: »Man wird niemals das Ziel einer völlig gerechten Gesellschaft erreichen. Jedoch gibt es ein politisches System, in dem jeder das bestehende Verständnis von Gerechtigkeit anfechten kann.«<sup>5</sup> Die Kämpfe um konkurrierende Vorstellungen von Gerechtigkeit und die sich wandelnden Versuche, Gerechtigkeit herbeizuführen oder zumindest zu fördern, durchziehen die Geschichte der Moderne und speziell auch die Zeitgeschichte. Wie Utopien eines »gerechten Handels« in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre praktisch wirksam wurden, schildert *Benjamin Möckel* in diesem Heft anhand der »Dritte-Welt-Läden«, wobei er zum Vergleich auch Großbritannien einbezieht. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen hehren Zielen und alltäglichen Mühen war oft groß, der Umsatz dagegen klein. Dennoch waren die frühen Formen eines »Alternativen Handels« historisch bedeutsam und folgenreich, insofern nun verstärkt nach der Herkunft von Lebensmitteln, Kleidung und anderen Konsumprodukten sowie nach der Verteilung der Erträge gefragt wurde.

Während Möckels Aufsatz den Titel »Postkolonialwaren« trägt, stellt *Andreas Eckert* in seinem Essay grundsätzlicher zur Diskussion, was es heißen kann, Zeitgeschichte »postkolonial« zu schreiben, wenn dies nicht bloß ein modisches Etikett sein soll. Eckert argumentiert eher vorsichtig, wenn er dafür plädiert, »die Ordnung des zeit-historischen Wissens behutsam zu rekonfigurieren«. Zu einer Öffnung der bisher dominanten Perspektiven gehöre es auch, Stimmen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus stärker wahrzunehmen und ihre vor allem politisch motivierten Ziele als Impulse für neue Forschungsfragen aufzugreifen. Der Essay soll weitere Anstöße für diese sehr grundlegenden Debatten geben. Über Manuskripte, die den Nutzen postkolonialer Perspektiven und Deutungsangebote empirisch fundiert prüfen, würden wir uns für künftige Hefte sehr freuen. In der Rubrik »Quellen« der aktuellen Ausgabe schreiben *Immanuel R. Harisch* und *Eric Burton* über kollektive Tagebücher von »Freundschaftsbrigaden« der FDJ, die etwa in Kuba und Angola im Einsatz waren. So wird anschaulich, wie sich auch die Geschichte der DDR mit ihrem dezidiert »antiimperialistischen« Selbstverständnis als Teil einer postkolonialen Konstellation beschreiben und interpretieren lässt. Aufschlussreich ist nicht zuletzt, welche Aspekte in derartigen Dokumenten ausgeblendet blieben.

Die große Diskussion um Postkolonialismus, Rassismus und »postmigrantische« Perspektiven wird in der Bundesrepublik bislang weniger heftig geführt als in den USA, nimmt aber in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft und erst recht in der Geschichtspolitik erkennbar an Fahrt auf. Die beschlossene, allerdings noch nicht vollzogene Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße (nach einem Philosophen und Juristen des 18. Jahrhunderts, der in Westafrika zur Welt

5 Ágnes Heller, Kein Weg führt nach Utopia, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.8.2019, S. 15.

kam und in Wittenberg promoviert wurde) ist nur eines von vielen Beispielen für solche Deutungskämpfe. Generell ist die Gestaltung des öffentlichen Raumes, etwa die Frage von Denkmalstürzen und Denkmalsetzungen, bekanntlich ein Handlungsfeld, in dem Historikerinnen und Historiker teils Mitakteure, teils Analysierende sind. *Stephan Scholz* betrachtet in diesem Heft Denkmäler als Quellen, die erst vor wenigen Jahren in deutschen Städten errichtet wurden, um auf die Fluchtbewegungen besonders seit 2015 hinzuweisen. Mitunter sind diese Denkmäler originale Boote, mit denen Menschen über das Mittelmeer geflüchtet sind und die in der Bundesrepublik temporär oder dauerhaft aufgestellt werden (siehe dazu auch das Coverfoto). Scholz' Interesse gilt der Frage, inwieweit sich aus solchen Erinnerungsformen ein durch Migrationserfahrungen gewandeltes Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft ablesen lässt, und er beobachtet, dass die neuen Denkmäler zum Teil in eine Verbindung zu früheren Gedenkzeichen treten, die an die Vertreibung der Deutschen um 1945 erinnern. Ohne diese unterschiedlichen Vergangenheiten gleichzusetzen, entsteht so möglicherweise eine Multiperspektivität – die freilich auch Angriffen, ja Anschlägen ausgesetzt ist.

In einem vielbeachteten, subtilen Essay vom Sommer 2020 haben Stefanie Gänger und Jürgen Osterhammel unter dem Eindruck der Corona-Pandemie eine »Denkpause für Globalgeschichte« angeregt, die aber nicht als Pause *von*, sondern *zum* Denken gemeint sein dürfte. So plädieren sie für eine »kritische Ideen- und Imaginationsgeschichte von Globalitätstsvorstellungen«.<sup>6</sup> Vor mittlerweile 25 Jahren veröffentlichte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington sein Buch »The Clash of Civilizations«, in dem er nach dem Ende der alten globalen Ordnung der Blockkonfrontation einen neuen Deutungsentwurf präsentierte. Nicht mehr politische Ideologien, sondern kulturelle und religiöse Identitäten galten ihm als maßgeblich. Dieses Buch steht beispielhaft für eine ganze Reihe von Publikationen der 1990er-Jahre, die vielen von uns heute noch recht nah erscheinen mögen, die zugleich aber schon so »historisch« geworden sind, dass sich eine Relektüre damaliger »Globalitätstsvorstellungen« lohnt. *Cora Schmidt-Ott* stellt Huntingtons Buch in der Rubrik »Neu gelesen« vor und macht deutlich, dass sich daraus auch etwas über die Gesellschaftsgeschichte und innere Polarisierung der USA lernen lässt.

Der genannte Essay von Gänger und Osterhammel enthält noch einen anderen Hinweis, dem wir in diesem Heft nachgehen: »Grundsätzlich steht die Frage im Raum, wie weit man den Erwartungen eines außerfachlichen Publikums entgegenkommen möchte, das Fakten und Narrative, »Lehren aus der Geschichte«, Wesenseinsichten in Jahrtausende und immer auch Prognosen erwartet (nicht zufällig ist der wenig zukunftscheue Yuval Noah Harari der berühmteste Historiker auf dem Planeten).«<sup>7</sup> *Christian Geulen* ergründet in seinem Beitrag die Popularität Hararis und generell der »Big History« – ein Deutungsrahmen, bei dem die Zeitgeschichte

---

6 Stefanie Gänger/Jürgen Osterhammel, Denkpause für Globalgeschichte, in: *Merkur* 74 (2020) H. 8, S. 79-86, hier S. 84.

7 Ebd., S. 86.

höchstens noch als Randnotiz vorkommt, der seinerseits aber als markantes Phänomen der Zeitgeschichte verstanden werden kann, nämlich als »Ruf nach einer neuen Symbiose zwischen Mensch und Natur« (Geulen). Die Globalisierung ist für Harari unhintergebar, doch er lässt völlig offen, wie konkurrierende Interessen und kulturelle Eigenheiten global zum Ausgleich gebracht werden könnten. In diesem Punkt trifft er sich mit Huntington, und das sollte zu denken geben.

Die Forderung nach Sensibilität für zeithistorische Phänomene und Begriffe muss auch für die eigene redaktionelle Praxis gelten. Ein Thema, das viele Zeitungen, Rundfunkanstalten und nicht zuletzt die Duden-Redaktion seit geraumer Zeit beschäftigt, ist die Frage eines geschlechtergerechten Sprechens und Schreibens. Alle, die Sprache in professionellen Zusammenhängen verwenden, kommen nicht umhin, sich zu dieser Frage zu verhalten, und jede Antwort ist in gewisser Weise ein Statement (oder kann zumindest so empfunden werden). Wie einige Leserinnen und Leser vielleicht schon bemerkt haben, folgen wir in dieser Zeitschrift bewusst keiner ganz einheitlichen Linie, da verschiedene Varianten (auch das generische Maskulinum) jeweils nachvollziehbare Gründe haben und es bei den Autor\*innen ebenso wie bei den Leser\_innen unterschiedliche Vorlieben gibt. Derzeit hat sich in der Sprachpraxis noch keine eindeutig dominante Form herausgebildet, und so schlägt sich auch in den von uns veröffentlichten Beiträgen eine Pluralität der Positionen nieder. Eine leichte Irritation, eine kleine Sperrigkeit bei der Lektüre mag durchaus produktiv sein. Zugleich kann die Frage des Genderns vielleicht dazu beitragen, noch genauer darauf zu achten, in welchen zeithistorischen Konstellationen die verschiedenen Geschlechter als Akteur:innen vorkamen und in welchem Maße dies inhaltlich wichtig ist. Das Ziel eines genderinklusiven Schreibens soll also nicht dazu führen, aus Gründen einer bestimmten sprachlichen Konvention historisch falsche Aussagen zu treffen, sondern es bleibt ein Mittel, dessen Angemessenheit jeweils zu prüfen ist – sprachbewusst, aber auch pragmatisch. Ob sich der »Deutsche Historikertag«, der diese Bezeichnung lange völlig zu Recht trug, eines Tages umbenennen wird – wie es der »Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands« schon vor etlichen Jahren getan hat –, wird sich zeigen.

Jan-Holger Kirsch für die Redaktion